

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 5. Sitzung vom 08.12.2011 zum Thema: **Mietausgleich für betroffene Mieterinnen und Mieter nach Wegfall der Anschlussförderung im Sozialen Wohnungsbau verbessern**
Antrag vom 30.11.2011 Die Linke [Drucksache 17/0047](#)

Andreas Otto (Grüne)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lompscher! Das war jetzt sozusagen der rot-rote Redebeitrag von Ihnen und von der Kollegin Spranger. Besonders bei Ihnen habe ich mich gefragt: Sie sind bis vor Kurzem Mitglied des Senats gewesen. Man kann ja, wenn man aus dem Senat weg ist, Sachen anders sehen. Es gibt ein Grundrecht auf Meinungsänderung. Aber ich finde, das muss man dann auch schon mal erklären. Man muss erklären, wieso z. B. im Mai dieses Jahres uns die Mitteilung – zur Kenntnisnahme – über die Umsetzung und Folgen der Einstellung der Anschlussförderung vorgelegt wurde. Daraus haben Sie sogar ein paar Zahlen zitiert. Darin steht der Satz als Bewertung des Senats:

Anhand dieser Zahlen ist keine Änderung der grundlegenden Situation bei Mieterhöhungen zu erkennen.

Das haben Sie und der gesamte rot-rote Senat uns im Mai mitgeteilt.

[Ramona Pop (GRÜNE): Hört, hört!]

Jetzt ist die Frage, ob sich das seitdem geändert hat und ob man glauben darf, was Sie uns damals mitgeteilt haben. Ich finde, aus Ihrer Sicht müsste so was mal erklärt werden.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Sie müssten uns auch erklären, wieso Sie einem Wohnraumgesetz zugestimmt haben, das hier im Schweiß der Wahlkampfaktivitäten vor dem Sommer durchs Parlament geprügelt wurde, einem Gesetz, wovon wir alle wissen, dass es sehr große Mängel hat und in dem die Gefahr enthalten ist, dass es mehr Schaden anrichtet, als dass es nützt. Wir haben als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, die haben Sie als Rot-Rot alle abgelehnt. Wir haben Ihnen vorgeschlagen: Überlegen Sie sich doch etwas zur Kostenmiete! – Wir haben über eine Richtsatzmiete diskutiert. Das hätte man in dem Gesetz regeln können. Wir haben den Vorschlag eines Ankaufmodells gemacht: Kaufen Sie Objekte des sozialen Wohnungsbaus an, wenn die sich in Insolvenzverfahren befinden! Schicken Sie den Finanzsenator dahin! Das wäre nicht nur wohnungspolitisch, sondern auch finanzpolitisch sehr sinnvoll gewesen. Ich glaube, wir hätten viel Geld damit gespart.

[Beifall bei den GRÜNEN]

All das wollten Sie nicht. Sie wollten auch nicht die Umwandlung von ehemaligen Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen unterbinden. Auch das haben wir hier vorgeschlagen, und Sie haben das abgelehnt. Rot-Rot hat alle diese Vorschläge verworfen. Sie wussten es besser. Und heute kriegen wir diesen Antrag.

Ich will jetzt aber nicht nur mit der Linkspartei hart ins Gericht gehen, sondern natürlich auch die anderen ansprechen. Die SPD etwa hat im Fanny-Hensel-Kiez – Sie entsinnen sich alle an dieses schlimme Beispiel hier in der Nähe – im Wahlkampf plakatiert: Mieter und Schutz. SPD. – Ich sage Ihnen was: Die Leute haben sich da von Ihnen verhöhnt gefühlt, weil Sie die Leute hängenlassen haben, weil die alle raus mussten – und dann wurden sie noch mit Plakaten erfreut und verhöhnt.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Der Koalitionsvertrag bietet zu dem Thema Sozialwohnungsbau nichts. Wir haben das hier neulich schon diskutiert. Da hat der Kollege Brauner gesagt, da müsse man ja erst mal abwarten, das Gesetz ist ja neu und wird bis 2013 überprüft. Der Koalitionsvertrag sagt dazu nichts. Die Frage ist: Wie groß ist die Not? Wie viele Fälle gibt es? – Da bin ich wieder bei Frau Lompscher; die müssten Sie ja vielleicht aus ihrer Senatstätigkeit auch noch benennen können. – Um wie viele Leute geht es? Um wie viele Leute geht es bei Ihrem Vorschlag? Und natürlich auch die Frage: Was kostet der? Verlangen Sie jetzt alles für alle? Haben Sie die Linie haushaltspolitischer Vernunft verlassen, die die Linkspartei im Senat auch ausgezeichnet hat, oder worum geht es hier eigentlich? Auch das halte ich für erklärungsbedürftig. Wir stehen doch bei diesem Thema sozialer Wohnungsbau alter Westberliner Prägung, einer Erfindung von SPD und CDU, vor der Frage, ob viele Tausend Gebäude, in die Milliarden öffentlicher Mittel geflossen sind, langfristig für eine soziale Wohnraumversorgung überhaupt noch zur Verfügung stehen. Diese Frage muss hier beantwortet werden.

[Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von Udo Wolf (LINKE)]

Die zweite Frage ist dann – um die geht es hier in dem Antrag –: Wie kann ich Menschen helfen, die bedroht sind, ihre Wohnungen in solchen sozial errichteten Gebäuden zu verlieren? Wie kann ich denen für eine Übergangszeit helfen? Und wie kann ich dafür sorgen, dass die langfristig anders mit Wohnraum versorgt werden, sofern ich die Gebäude nicht irgendwie übernehmen und in meinen Besitz bekommen kann?

[Udo Wolf (LINKE): Geben Sie mal eine Antwort!]

In dem Antrag – und das wollen wir im Ausschuss diskutieren – steckt auch die Gefahr, dass wir wieder in die Förderung einsteigen. Der Antrag birgt die Gefahr – das ist unsere Einschätzung, und das wollen wir in den Ausschüssen bereden –, –

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Kollege Otto! Sie müssen zum Schluss kommen.

Andreas Otto (GRÜNE):

– dass Eigentümer wieder bewusst in Richtung Kosten-miete mit den Mietforderungen hochgehen, weil sie wissen, es wird sehr großzügig bezahlt.

[Udo Wolf (LINKE): Wieso denn?]

Das ist ein Problem, das ist auch ein Dilemma, Herr Wolf!

[Udo Wolf (LINKE): Sie argumentieren, wie Ingeborg Junge-Reyer argumentiert hat!]

Darüber müssen wir aber in den Ausschüssen reden. Wir wollen abschätzen: Was kostet das? Wie viele Fälle gibt es, denen das helfen könnte? – Und darüber wollen wir mit Ihnen reden. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön, Herr Kollege Otto! – Die Kollegin Lompscher hat um eine Kurzintervention gebeten. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Katrin Lompscher (LINKE):

Lieber Herr Otto! Sie haben mich ja freundlich gebeten, es zu erklären. Also ich erkläre Ihnen zunächst mal, dass ich Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz war, in dieser Koalition nicht sämtliche Senatsverwaltungen geleitet habe

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Schade!]

und dass es unterschiedliche Aufgabenverteilungen und Geschäftsverteilungen gibt. Zweitens erkläre ich Ihnen, dass es in einer Koalition durchaus möglich ist, dass man nicht hundertprozentig einer Meinung ist und trotzdem Sachverhalte in der Regierung gemeinsam trägt. Das ist der Sinn von Koalitionen. Insofern sehen Sie hier gar keine Meinungsänderung, sondern Sie sehen – das hat ja Frau Spranger auch gesagt –: Das sind Dinge, die wir schon lange vorgetragen haben, weil wir sie für richtig halten.

[Beifall bei der LINKEN]

Die Angst, dass damit der Wiedereinstieg in die Förderung droht, ist doch grotesk.

[Joachim Esser (GRÜNE): Nein, das ist es nicht!]

Wir reden darüber, dass Leuten geholfen werden muss, die in existenzielle Notsituationen geraten. Darum geht es.

[Beifall bei der LINKEN – Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Wenn Sie meinen, dem Wohnraumgesetz hätten man nicht zustimmen dürfen, dann sage ich Ihnen: Natürlich ist es nicht genug, was in dem Wohnraumgesetz steht, aber es ist besser als das, was wir vorher hatten. Es ist wenigstens ein Einstieg in eine vernünftige Lösung. Des-halb haben wir seinerzeit zugestimmt, wenn auch unter Schmerzen. Das ist zunächst mal alles, was ich Ihnen dazu sagen kann. Den Rest sollen wir im Ausschuss besprechen. Aber ich finde es nicht legitim, wenn Sie hier nur den Schlagabtausch unter den Parlamentariern in den Vordergrund stellen und nicht zur Kenntnis nehmen, dass es mir darum geht, dass wir eine Hilfe für die Leute organisieren, die ansonsten wirklich nicht mehr wissen, wie es weitergehen soll. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN – Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke auch! – Möchten Sie replizieren? – Bitte schön! Sie haben das Wort, Herr Kollege Otto!

Andreas Otto (GRÜNE):

Wissen Sie, Frau Kollegin Lompscher, das kann ja so sein, dass es in einer Koalition so geht, dass man da nicht immer einer Meinung ist. Aber was ich nicht schön finde: Wir haben Sie in der Koalition nicht darum kämpfen sehen.

[Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von Udo Wolf (LINKE)]

Ich will noch mal auf das grundsätzliche Problem hinweisen: Wir doktern jetzt hier an Härtefällen herum. Wir

versuchen, Lösungen für Härtefälle zu finden, von denen es sehr schlimme gibt. Aber das grundsätzliche Problem, dass Gebäude, die mit vielen Milliarden öffentlicher Mittel errichtet wurden, für eine langfristige soziale Wohnraumversorgung verloren sind, lösen Sie damit nicht.

[Zuruf von Udo Wolf (LINKE)]

Da hätten Sie unser Ankaufmodell prüfen müssen. Da hätten Sie überlegen müssen, wie man anders mit den Eigentümern umgeht. All das ist nicht passiert. Das ist nicht von Ihnen passiert, und das ist von der SPD und von Frau Junge-Reyer nicht passiert, und das kritisieren wir hier. Das ist, glaube ich, auch richtig.

[Beifall bei den GRÜNEN]